

XIII. Dänemark.

10. Januar. Bei der Eröffnung des dänischen Reichstages wird der Wortlaut des dänisch-schwedischen Schiedsgerichtsvertrages vom 14. Juli 1908 bekannt gemacht.

Eine wichtige Bestimmung in dem jetzt abgeschlossenen Vertrag ist die, daß auch die Frage, ob eine Streitfrage die vitalen Interessen eines Staates berührt, vor das Schiedsgericht gehört. Der Vertrag gilt zehn Jahre lang und kann für dieselbe Zeit erneuert werden.

14. Januar. Angeblicher Aufenthalt deutscher Kriegsschiffe in dänischen Häfen.

Der Verteidigungsminister spricht im Folkething sein Bedauern über die aufgetauchten Gerüchte von der Anwesenheit fremder Kriegsschiffe in den dänischen Gewässern zu Übungszwecken aus. Die Gerüchte richteten nur Schaden an, und die Regierung sei außerstande, sie zu verhindern. Die angeführte Untersuchung habe ihre völlige Grundlosigkeit erwiesen.

5. Februar. (Reichstag.) Die Schiedsgerichtsverträge mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Schweden und mit Norwegen werden angenommen.

5. Februar. (Kopenhagen.) Schluß der Ostsee- und Weiße Meer-Konferenz.

12. Februar. Vorlage des Landesverteidigungsprogramms im Folkething.

Am Tage nach der 250jährigen Jubelfeier des Sturmes auf Kopenhagen durch die Schweden, der von der Bürgerschaft siegreich zurückgeschlagen wurde, legt die dänische Regierung das Landesverteidigungsprogramm vor. Der Ministerpräsident, Landesverteidigungsminister Reergaard, hebt in seiner Rede im Folkething eine wirksame Neutralitätsverteidigung als Ziel der Regierungspolitik hervor und weist entschieden jeden Gedanken einer abenteuerlichen Bündnispolitik zurück. Er betont, daß das dänische Volk sich nicht auf die Dauer ohne die Befehle der nationalen Vernichtung der Abgelung seiner Landesverteidigung entscheiden könne, und bekennt sich selbst zu der Ueberzeugung, daß eine Befestigung Kopenhagens auch nach der Landseite unumgänglich notwendig sei, wenn die Neutralitätsverteidigung nicht von Anfang an ergebnislos bleiben sollte. Das Wesentliche an der Regierungsvorlage ist die Stellungnahme für die Landbefestigung Kopenhagens, womit die Regierung das alte Parteiprogramm der Linken, also der Blockmehrheit, auf die sie sich stützt, verläßt und grundsätzlich zum Standpunkt der Rechten und der Landesverteidigungsfreunde übertritt. Das geldliche Ergebnis der Vorlage ist ein einmaliger Aufwand von 42200000 Kronen für Festungsanlagen, Kriegsmaterial und Kasernenbauten und eine jährliche Mehrausgabe für Heer und Flotte von 3327000 Kronen.

Im einzelnen werden im Folkething folgende Gesetzesvorschläge eingebracht: 1. Ein Gesetzesvorschlag für die Heeresordnung. Dieser Vorschlag schließt sich mit einer Anzahl Änderungen technischer Art dem von